Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Bundesschiedskommission

Entscheidung
In dem Statutenstreitverfahren
2/1977/St
21.04.1977

auf Antrag des SPD-Unterbezirks A,
vertreten durch den Vorstand, dieser vertreten durch den stellvertretenden Vorsitzenden L
aus A

- Antragsteller -

hat die Bundesschiedskommission in ihrer Sitzung vom 21. April 1977 in Bonn in der
Besetzung

Käte Strobel (Vorsitzende)
Dr. Johannes Strelitz und
Ludwig Metzger

einstimmig entschieden:

1. Der Unterbezirksvorstand A hat die Mitglieder des Vorstands der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten im Unterbezirk A mit Beschluß vom 26.7.1976 wirksam abberufen.
2. Die Einberufung einer „Unterbezirkskonferenz der Jungsozialisten“ für den 8. Januar 1977 ist nichtig; die auf dieser Konferenz durchgeführten Wahlen und Beschlüsse sind nichtig.
3. Der Unterbezirksvorstand A ist berechtigt, alle Mitglieder der SPD dieses Unterbezirks, die unter 35 Jahren alt sind, zu einer Unterbezirkskonferenz der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten einzuberufen und die Wahl eines Unterbezirksvorstandes der

Jungsozialisten auf die vorläufige Tagesordnung dieser
Versammlung zu setzen.

4. Der Wortlaut, durch den alle „jungen Sozialdemokraten“
zu einer Konferenz der "Jungsozialisten" eingeladen wer-
den, verstößt nicht gegen die Statuten der SPD.

Begründung

I. Zulässigkeit:

Die Zulässigkeit des Verfahrens folgt aus § 34 Abs. 2 Ziffer 2 des Organisationsstatuts i.V.
m. § 21 Abs. 1 und 2 der Schiedsordnung der SPD.

Es handelt sich um eine Streitigkeit über die Anwendung und Auslegung der Grundsätze der
Arbeitsgemeinschaften im Sinne von § 34 Abs. 2 Ziffer 2 Organisationsstatut. Die Streitigkeit
ist auch nicht lediglich im Bereich eines Parteibezirks entstanden, so daß die
Bundesschiedskommission gemäß § 21 Abs. 1 der Schiedsordnung für die Entscheidung
dieses Verfahrens zuständig ist.

Der antragstellende Unterbezirk ist eine antragsberechtigte Organisationsgliederung.

II. Zur Begründung im einzelnen:

1. Wie die Bundesschiedskommission bereits in ihrer Entscheidung vom 31. Oktober 1974 in
dem Statutenstreitverfahren auf Antrag des Bezirks F wegen Auslegung des
Organisationsstatuts der SPD und der Grundsätze für die Tätigkeit der Arbeitsgemein-
schaften in der SPD festgestellt hat, gilt die Wahlordnung der SPD nach § 1 Abs. 1 auch für
die Arbeitsgemeinschaften. Daraus folgt, daß die Arbeitsgemeinschaften gemäß § 9 der
Wahlordnung das Recht haben, ihre Funktionäre entsprechend den Bestimmungen für ihre
Wahl aus wichtigem Grund abuberufen.

Daneben haben die Vorstände von Organisationsgliederungen der SPD das Recht,
Funktionäre der Arbeitsgemeinschaften ihres Organisationsbereichs abuberufen, wenn
diese gegen den Grundsatz des Einvernehmens in der Öffentlichkeitsarbeit verstoßen. Das
ergibt sich aus dem Wortlaut und Sinn der allgemeinen statutarischen Grundsätze der SPD.

Arbeitsgemeinschaften sind nicht Gliederungen der Partei (§ 8 Organisationsstatut). Die politische Willensbildung der Partei vollzieht sich nach §§ 5 und 8 Abs. 1 Organisationsstatut in den Organisationsgliederungen, jedoch nicht in den Arbeitsgemeinschaften. Der Parteivorstand kann innerhalb der Partei Arbeitsgemeinschaften bilden, deren Tätigkeit nach von ihm hierfür beschlossenen Grundsätzen erfolgt (§ 10 Organisationsstatut). In den vom Parteivorstand am 1. Februar 1975 beschlossenen „Grundsätzen für die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften in der SPD“ kommt - wie in allen früheren einschlägigen Texten - wiederum deutlich zum Ausdruck, daß die Arbeitsgemeinschaften nicht neben der Partei bestehen und keine autonomen Rechte haben, sondern der Partei zu ihrer Unterstützung zugeordnet sind. (Vgl. die auf S. 2 zitierte Entscheidung der Bundesschiedskommission).

Die oben festgestellte Abberufungsbefugnis der zuständigen Vorstände der Partei gegenüber den Funktionären der Arbeitsgemeinschaften in ihrem Organisationsbereich - hier: des Unterbezirksvorstandes A gegenüber den entsprechenden Vorstandsmitgliedern des Juso-Unterbezirks - geht über die in den „Grundsätzen“ vom 1. Februar 1975 erwähnte Befugnis zur Einberufung von außerordentlichen Mitglieder- oder Delegiertenversammlungen der Arbeitsgemeinschaften (Ziffer 7 der Grundsätze) hinaus. Obschon die Bundesschiedskommission in Ausübung ihrer Interpretationskompetenz (§ 34 Abs. 2 Nr. 2 Organisationsstatut) an diese Grundsätze nicht gebunden ist, könnte dennoch geltend gemacht werden, daß die sonstigen Verfahren und Maßnahmen, die das Parteistatut und die Schiedsordnung vorsehen, auch die Einwirkungsmöglichkeiten der zuständigen Parteivorstände auf die Arbeitsgemeinschaften erschöpfend regeln und daher Maßnahmen, die über Ziffer 7 der „Grundsätze“ hinausgehen, nicht zulässig sind.

Diese Auffassung, daß sich damit bei Konflikten zwischen Arbeitsgemeinschaften und Gesamtpartei - auf jeder Ebene der Partei - statutenrechtlich eine Beschränkung auf die genannten Maßnahmen ergibt, kann nicht durchdringen.

So ist der Grundsatz, daß gewählte Arbeitsgemeinschaftsfunktionäre etwa nach §§ 1 und 9 Wahlordnung aus wichtigem Grund nur durch Abwahl vom zuständigen Wahlgremium der Arbeitsgemeinschaft - z.B. nach Einberufung einer Wahlkörperschaft gemäß Ziffer 7 der "Grundsätze" - aus ihrem Amt entfernt werden können, auf den organisatorischen Binnenbereich der Arbeitsgemeinschaften beschränkt.

Für das Verhältnis zwischen Partei und Arbeitsgemeinschaft gilt, daß bei Konflikten die zuständigen Vorstände der Partei selbstverständlich auch berechtigt sind, dieses Arbeitsgemeinschafts-interne Abwahlverfahren zu beantragen. Sie sind aber auf diese Möglichkeit nicht beschränkt. Andernfalls hätte das zuständige Wahlgremium der Arbeitsgemeinschaft die alleinige und letztinstanzliche Zuständigkeit, darüber zu entscheiden, ob ein Arbeitsgemeinschaftsfunktionär bei politischen Meinungskonflikten mit

der Gesamtpartei seine Funktion zur öffentlichen Darstellung solcher Konflikte behalten soll. Diese Konsequenz verbietet sich aus der Natur der Sache. Einem Wahlgremium der Arbeitsgemeinschaft kann niemals die ausschließliche Kompetenz zustehen, als einzige Parteiinstanz über die Erfüllung oder Verletzung jener Pflicht zu einvernehmlicher Öffentlichkeitsarbeit zu urteilen, die den Arbeitsgemeinschaftsfunktionären gegenüber den aufsichtsberechtigten Vorständen der Partei obliegt. Sonst wäre die organisatorische Einordnung der Arbeitsgemeinschaften in die Partei und die Kontrollverantwortung der Vorstände für die Öffentlichkeitsarbeit der Arbeitsgemeinschaften gerade im Konfliktfalle aufgehoben: Die personalpolitische Konfliktentscheidung wäre in den Eigenbereich der Arbeitsgemeinschaften verlagert. Diese Folge ist nach Sinn und System des Statutenrechts unannehmbar.

Der Katalog der in § 11 Abs. 2 Organisationsstatut abschließend genannten Gründe des Funktionsverlusts nötigt die zuständigen Vorstände der Partei nicht, die Abberufung von Arbeitsgemeinschaftsfunktionären ausschließlich über das Arbeitsgemeinschafts-interne Abwahlverfahren oder im Wege des Parteiordnungsverfahrens zu betreiben. Denn die abschließende Geltung dieser Verlustgründe ist auf den Personenkreis der gewählten Parteifunktionäre beschränkt.

Auch aus der Regelung der Sofortmaßnahmen (§ 18 ff Schiedsordnung) kann nicht geschlossen werden, daß den zuständigen Vorständen der Partei andere Sofortsanktionen gegenüber den Arbeitsgemeinschaftsfunktionären vermehrt seien. Vielmehr folgt daraus nur, das die Rechte aus der Mitgliedschaft nicht außerhalb der Ausnahmekompetenz für Sofortmaßnahmen und eines anschließenden Parteiordnungsverfahrens verkürzt oder entzogen werden können. Die Abberufung eines Arbeitsgemeinschaftsfunktionärs aus seiner Funktion im Organisationsbereich der Arbeitsgemeinschaft berührt aber seine Statusrechte als Parteimitglied in keiner Weise. Die aufsichtsberechtigten Vorstände können nur die interne Funktion innerhalb der Arbeitsgemeinschaften entziehen, und zwar nur dann, wenn diese Funktion zur Austragung öffentlicher Konflikte mit der Gesamtpartei benutzt wurde. (Vgl. Dr. L, Stellungnahme vom Dezember 1974).

An dieser rechtlichen Beurteilung kann auch der Text der am 1. Februar 1975 beschlossenen „Grundsätze für die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften in der SPD“ nichts ändern. Diese "Grundsätze" haben die für die Entscheidung eines öffentlichen Konflikts zwischen Partei und Arbeitsgemeinschaft vor dem 1. Februar 1975 bestehende Regelungslücke nicht geschlossen. Hinsichtlich der Kompetenz für die Abberufung wiederholen die „Grundsätze“ vom 1. Februar 1975 lediglich die in der Stellungnahme des Parteivorstandes vom 28. Juni 1974 unter III. Ziffer 4 erwähnte Rechte der Parteivorstände zur Einberufung außerordentlicher Mitglieder- oder Delegiertenversammlungen der

Arbeitsgemeinschaften und das Recht zur Einleitung von Parteiordnungsverfahren und Sofortmaßnahmen (vgl. "Grundsätze" vom 1. Februar 1975 Ziffer 7). Die statutenrechtliche Situation ist dadurch aber nicht verändert worden.

Der Abberufungsbeschluß des SPD-Unterbezirksvorstandes A vom 26.7.1976 gegenüber den Mitgliedern des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in A ist durch das Statutenrecht der SPD gedeckt. Die Ermessensentscheidung ist wie bereits in der Entscheidung der Bundesschiedskommission vom 31. Oktober 1974 ausgeführt von den Schiedskommissionen nicht nachprüfbar. Das politische Entscheidungsermessen des regelmäßig zwischen mehreren Möglichkeiten politisch richtigen Verhaltens kann nicht aus der Verantwortung der Vorstände im Wege einer statutenrechtlichen Nachprüfung auf die Schiedskommissionen verlagert werden. Verfahrensrechtlich ist die Abberufung des Unterbezirks-Juso-Vorstandes nicht zu beanstanden, die formale Rechtmäßigkeit ist eingehalten. Die statutenrechtlich erlaubte über die in Ziffer 7 der „Grundsätze“ vom 1. Februar 1975 hinausgehende Sanktion stellt auch keinen Ermessensmißbrauch dar, da allein die ohne Einvernehmen mit großer Öffentlichkeitswirkung abgehaltene "Juso-Unterbezirkskonferenz" den Abberufungsbeschluß als innerhalb des von der Bundesschiedskommission nicht nachzuprüfenden Ermessensrahmens erscheinen läßt.

2. Die logische Folge der Entscheidung zu 1.) ist, daß die Einberufung einer „Unterbezirkskonferenz der Jungsozialisten" durch einen gemäß 1.) amtsenthobenen Vorstand unwirksam war. Damit sind auch die auf dieser „Konferenz" durchgeführten Wahlen und Beschlüsse nichtig.

3. Der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten gehören die Mitglieder der SPD bis zum Alter von 35 Jahren an. (Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD, beschlossen vom Parteivorstand am 10. Juni 1974, III. 1.). Jeder Vorstand der Partei hat in seinem Bereich das Recht, eine außerordentliche Mitgliederversammlung oder Delegiertenversammlung der Arbeitsgemeinschaften einzuberufen ("Grundsätze" Ziffer 7 und allgemeines Statutenrecht).

4. Die Verwendung der Vokabel „junge Sozialdemokraten" im Zusammenhang mit einer Einladung zu einer „Unterbezirkskonferenz der Jungsozialisten" stellt keinen Verstoß gegen das Organisationsstatut dar. Die Textstelle „Neuwahl der Juso-Vorstandschafft" stimmt mit dem parteiamtlichen Begriff überein, (z. B. „Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD"). Auch die Textstelle „junge Sozialdemokraten" steht in Übereinstimmung mit der Bezeichnung „Sozialdemokratische Partei Deutschlands". Die

gleichzeitige Verwendung beider Begriffe in einer Einladung, die sich an Sozialdemokraten bis zum Alter von 35 Jahren richtet, gibt zu Beanstandungen keinen Anlaß.